

...wein!



Fotos: Keystone, Thinkstock

...elt hier die ...ft der SVP?

Heute um exakt 14.30 Uhr werden sich alle Nationalräte erheben. Die Herbstsession beginnt mit einer Vereidigung: Christian Miesch, 66-jähriger SVP-Politiker aus dem Baselbiet, zieht in die Grosse Kammer ein. Ein feierlicher Akt. Vielen Vertretern der Volkspartei wird aber nicht zum Feiern zumute sein. Denn die SVP-Fraktion hat ein ernstes Personalproblem. Und Miesch gibt diesem Problem ein Gesicht.

Er erbt den Sitz von Caspar Baader (60). Für die SVP ein schlechter Handel: hier Baader, langjähriger Fraktionschef und kampferprobtes Schlachtrössli – da Miesch, Spitzname Papa Moll, ein lebenswürdiger Gewerbler im Rentenalter, zahm wie ein Hundewelpen. Das haben auch die Baselbieter Wähler bemerkt. **Schon zweimal haben sie Miesch aus dem Nationalrat gewählt.**

Das SVP-Problem ist aber grösser: **In nur zwei Jahren hat die Bundeshaus-Fraktion etliche Zugpferde verloren.** Nebst

Caspar Baader auch Christoph Blocher, Hans Kaufmann und Bruno Zuppiger (alle ZH). Weitere Abgänge stehen an: Oskar Freysinger (VS) kehrt 2015



Verlust für die SVP: Caspar Baader.



Diskreter Gast in Bern: Ernst Schibli.



Schwer zu ersetzen: Hans Kaufmann.

Bern den Rücken. Auch die Bundeshaustage von Rudolf Joder (BE) und Toni Bortoluzzi (ZH) scheinen gezählt. **Kurzum: Die goldene Generation der SVP dankt ab.**

Die Ersatzleute wiederum sind oft genau das: Ersatzleute. Bereits im Frühling rutschte Landwirt Ernst Schibli (ZH) in den Nationalrat nach. **Wie Christian Miesch sass auch er schon früher im Bundesparlament, wie Miesch war auch Schibli ein sehr diskreter Gast.**

Fraktionschef Adrian Amstutz (60) will von Personalproblemen aber nichts wissen: «Wir haben eine ganze Reihe von fachlich hervorragenden, motivierten National- und Ständeräten, die sich voll für das Wohl und die Unabhängigkeit der Schweiz einsetzen. **Wir prägen die Politik in der Schweiz entscheidend mit, das wird auch so bleiben.**» Christoph Lenz

POLITIK & WIRTSCHAFT

Mit Ruag-Munition gegen IS-Terroristen

Bern – Im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Irak kommt wohl bald auch Munition aus Schweizer Produktion zum Einsatz, wie die «Schweiz am Sonntag» berichtet. Zusammen mit 8000 Sturmgewehren liefert Deutschland den irakischen Kurden auch Munition von der Rüstungsfirma Ruag. Rechtlich gibt es dafür nach Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) keine Hindernisse.

Post wird nicht zur «Softwarebude»

Bern – Die Post wird aus Sicht ihres Verwaltungsratspräsidenten Peter Hasler (67) nicht zu einer Internetfirma. Man könne die Post nicht in eine «Softwarebude» umfunktionieren, sagte er der «Schweiz am Sonntag». Beim digitalen Wandel gebe es für die Post Grenzen. «Die physische Post ist und bleibt die Hauptsäule unseres Geschäfts.» Trotz rückläufiger Briefmengen verdiene die Post dort nach wie vor «gutes Geld».

Armee-Dokumente für 80 Jahre geheim

Bern – Die Archive der Armee bleiben 30 Jahre länger als üblich gesperrt, nämlich 80 statt 50 Jahre. Dies hat das Innendepartement beschlossen. Das Verteidigungsdepartement (VBS) bestätigte einen entsprechenden Bericht in der «Schweiz am Sonntag». Die längere Schutzfrist betreffe als geheim klassifizierte Dokumente, teilt ein VBS-Sprecher mit.

Barbara Schmid-Federer kämpft gegen Pädophile im Internet

«Kinder anschatten muss strafbar werden»

Wenn sich Ermittler der Polizei in Internet-Chats als junge Mädchen ausgeben, dauert es meist nicht lange, bis sie angemacht werden. **«Im Schnitt geht es nur zwei Minuten, bis man sie mit sexuellen Anspielungen anspricht»,** sagt Marco Cortesi, Medienchef der Stadtpolizei Zürich.

Die Männer, die in ihren Nachrichten gegenüber Minderjährigen sexuelle Anspielungen machen, sind 20 bis 60 Jahre alt, wie «Le Matin Dimanche» gestern berichtete. **«Unsere Abteilung Kinderschutz sieht hier ein grosses Problem»,** sagt Cortesi. Denn: Bislang ist das sogenannte Cyber-Grooming nicht verboten. Das soll sich ändern. Heute behandelt der Nationalrat einen Vorstoss seiner Rechtskommission.

Die Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (48) kämpft schon lange dafür, dass sexuelle Anmache von Kindern in Chatforen bestraft wird: «Wir kön-

nen es nicht den Kindern überlassen, wegen sexueller Belästigung im Internet Anzeige einzureichen. Kinder anschatten muss strafbar werden.»

Schmid-Federer hat den Ermittlern im Internet schon über die Schulter geblickt. **«Was dort passiert, ist schockierend»,** sagt sie. «Loggen Sie sich einmal als «Julia 13» in so einen Chat ein. In kurzer Zeit wird man von Männern angesprochen und sexuell angemacht.»

Oft bleibt es nicht bei der verbalen Anmache. **Die Männer verlangen nach intimen Bildern.** «Wer Kinder auf dieselbe Art auf der Strasse anspricht, wird be-

straft. **Im Internet, wo die Hemmschwelle für die Täter generell tiefer ist, bleiben sie straffrei** – ein Missstand, der behoben werden muss», sagt Schmid.

Die vorliegende parlamentarische Initiative sieht sie als grosse Chance. **«Jetzt haben wir die Möglichkeit, eine gute Lösung zu finden»,** sagt Schmid-Federer. Sie lancierte 2011 einen ähnlichen Vorstoss, kam damit aber nicht durch. «Heute hat es mehr junge Parlamentarier oder solche mit Kindern.» Die CVP-Politikerin glaubt, dass das Grooming-Verbot diesmal durchkommt.

Auch die Kinderschutzorganisation Pro Juventute ist für das Verbot. Kommunikationschefin Marianne Affolter sagt: «Wenn ein Kind in Chatforen sexuell belästigt wird, kann es zwar Anzeige erstatten. Aber das passiert sehr selten», sagt. **In der Schweiz kann die Polizei heute erst eingreifen, wenn es zu Treffen kommt.** In Deutschland ist die Annäherung bereits jetzt strafbar: Bis zu zwei Jahre Gefängnis kassiert, wer sich in Chatrooms mit sexuellen Absichten unter 14-Jährigen nähert. **Cyrrill Pinto**



Marianne Affolter, Pro Juventute.



Wehrt sich gegen Anmache von Kindern im Netz: Barbara Schmid-Federer (48).

Steuerreform in Gefahr

Zuger laufen Sturm wegen «NFA-Kosmetik»

Der Bundesrat will den Finanzausgleich (NFA) korrigieren. Das System, mit dem jährlich fast fünf Milliarden Franken zwischen Bund und Kantonen umverteilt werden, bleibt zwar unverändert. **Die Geberkantone sollen künftig aber 134 Millionen Franken weniger zahlen müssen.** Auch sich selbst will der Bund entlasten – um 196 Millionen.

Der Vorschlag sorgt für Unmut im starken Geberkanton Zug. Finanzdirektor Peter Hegglin (53): **«Das ist ein erster Schritt, aber wir Zuger haben mehr erwartet.»** Der Bundesrat solle die Kantone zu gleichen Stücken wie den Bund entlasten. Das brächte eine zusätzliche Entlastung der Geberkantone um 30 Millionen Franken. Hegglin ist zudem überrascht,

dass der Bundesrat das System des NFA unangetastet lässt. «Somit bleiben die gesetzlichen Regelungen mindestens zwölf Jahre unverändert. **Aus Zuger Sicht wäre eine Revision nötig gewesen.**» In welche Richtung? «Wir erwarten, dass der Bundesrat die juristischen Personen weniger stark gewichtet als die natürlichen Personen.»

Noch deutlicher äussert sich der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (35): «Beim NFA besteht dringender Anpassungsbedarf.» Im Kanton Zug würden heute bereits mehr als 40 Prozent der Einnahmen direkt durch den NFA konfisziert. **Aeschi macht seinem Ärger über den Bundesrat Luft: «In keinem einzigen Punkt ist er den Anliegen der Geberkantone entgegengekommen. Die Reduktion um 134 Millionen ist Kosmetik.»** Er fordert ein klares Bekenntnis des Bundesrates zu grundsätzlichen Reformen. «Der Bundesrat gefährdet die nächste Reform, die Unternehmenssteuerreform III.» **Aeschi droht offen mit dem Widerstand der Geberkantone und der SVP-Fraktion:** «Will der Bundesrat die Reform durchbringen, braucht er unsere Unterstützung.» **Florian Imbach**

Seltene Dreistigkeit

Da reibt man sich die Augen. Seit Jahren sorgt der Finanzausgleich unter den Kantonsregierungen für dicke Luft. Die Geberkantone klagen, dass sie zu viel Geld in den Umverteilungstopf einschiessen müssen. Die Nehmerkantone jamern, dass Zug, Schwyz und Konsorten ihnen die guten Steuerzahler abluchsen. Der Ton wurde zuletzt immer schriller. Kein Wunder, viele Kantone schreiben trotz grosser Sparpakete rote Zahlen.

Das meint Blick



Christoph Lenz, Bundeshausredaktor christoph.lenz@ringier.ch

ausgearbeitet. Die grösste Entlastung fiele bei der Bundeskasse an. Hauptprofiteur von Widmer-Schlumpfs Vorschlag wäre also: Widmer-Schlumpf selbst.

Der Bund, der in den letzten acht Jahren Überschüsse von gut 25 Milliarden Franken erzielte, will sich also auf Kosten der klammern Kantone sanieren. Eine solche Dreistigkeit ist selten.

Nun hat Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf endlich einen Kompromiss